

Nuklearexperte wirft Schweizer Atombehörden Filz vor

Aktualisiert um 18:25

Marco Buser von der Kommission für nukleare Sicherheit nimmt den Hut. Die Mitglieder des Energiedepartements seien mit Nagra- und Ensi-Mitarbeitern verhandelt. Nun schaltete sich das Uvek ein.

Der Nuklearexperte Marco Buser ist aus Protest aus der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) ausgetreten. Er wirft dem Bundesamt für Energie (BFE), dem Eidg. Nuklearinspektorat (Ensi) und der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) Filz vor. Er habe genug, sagte Buser im Interview mit der «SonntagsZeitung». «Die Suche nach einem Tiefenlager für Atommüll läuft aus dem Ruder, doch alle Empfehlungen von uns unabhängigen Experten werden von den zuständigen Behörden in den Wind geschlagen», sagte er.

Weil dem BFE die Fachkompetenz fehle, könne die Nagra das Verfahren im Hintergrund steuern, erklärte Buser, der als KNS- Mitglied jahrelang den Bundesrat in Atomfragen beraten hatte. «Diese Behörde (das BFE) entscheidet sehr autoritär über ein Gebiet, in dem sie wenig Fachwissen hat. Das schwächt ihre Unabhängigkeit.»

Dem Ensi attestiert Buser zwar mehr Fachwissen als dem BFE, aber es stehe der Nagra ebenfalls zu nahe. «Auch von den Leuten in den Standortregionen höre ich immer dasselbe: BFE, Nagra und Ensi steckten unter einer Decke», sagte Buser.

Informationen austauschen

Der Filz bestehe darin, dass die Mitglieder der verschiedenen Behörden und Stellen miteinander verhandelt seien und Informationen austauschten. «Der Kontrolleur ist Copain mit dem Kontrollierten», fasste Buser seine Kritik zusammen.

Als Beispiel für seine Vorwürfe nennt der Atomexperte den Zeitplan für die Suche nach einem Tiefenlager: Seit 2008 weise die KNS erfolglos immer wieder darauf hin, dass der Zeitplan unrealistisch sei. Zudem brauche es Risikostudien, wie der Atomabfall in den Untergrund verfrachtet werden solle. Diese Einwände der KNS würden - auf Anraten der Nagra - von den Behörden nicht beachtet.

Buser übt auch Kritik an der Strategie der Behörden: «Die Lagersuche ist grundsätzlich falsch konzipiert», sagte er. Zurzeit würden Oberflächengebäude an allen möglichen Standorten diskutiert. Das sei die falsche Reihenfolge: «Zuerst muss man die Geologie anschauen und feststellen, ob sich ein Standort eignet.» Wenn nicht, mache es keinen Sinn, dort über Oberflächenanlagen zu diskutieren.

Uvek prüft Aussagen Busers

Das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) bestätigte auf Anfrage den Erhalt von Busers Rücktrittsschreiben. Zu den Vorwürfen wollte Uvek-Sprecher Harald Hammel wegen einer laufenden internen Untersuchungen keine Stellung

nehmen: «Wir sind daran, die Aussagen Busers zu den Vorgängen zu prüfen», sagte er zur Nachrichtenagentur sda.

Gar nicht äussern wollten sich die Nagra und das Ensi, wie deren Sprecher auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda sagten.

Sechs Regionen kommen in Frage

Für ein Atomabfall-Tiefenlager kommen derzeit sechs Regionen in Frage. Anfang Jahr machte die Nagra Vorschläge, wo die oberirdischen Gebäude zu stehen kommen könnten.

Die Vorschläge für die Tiefenlagerportale teilen sich auf die Gebiete Jura-Ost (ehemals Bözberg AG, 4 Vorschläge), Jura-Südfuss (AG, 4 Vorschläge), Nördliche Lägern (AG/ZH, 4 Vorschläge), Zürich Nordost (ZH, 4 Vorschläge), Südranden (SH, 3 Vorschläge) und Wellenberg (NW, 1 Vorschlag) auf.

In einem nächsten Schritt sollen sich die betroffenen Regionen nun äussern können. Schon ungefähr Ende 2012 will die Nagra danach für jedes mögliche Lager einen Standort für die Oberflächenanlagen festlegen.

Sicherheit wird geprüft

In der laufenden zweiten Etappe für die Tiefenlagerauswahl wird in den kommenden vier Jahren auch die Sicherheit der möglichen Standorte geprüft. Am Ende muss die Nagra mindestens zwei Standorte für schwach- und mittelradioaktive Abfälle und mindestens zwei Standorte für hochradioaktive Abfälle auswählen.

Ein definitiver Entscheid des Bundesrats - vor der Zustimmung des Parlaments und absehbarer Referendumsabstimmung - soll spätestens in zehn Jahren fallen. (kpn/sda)

Erstellt: 24.06.2012, 18:25 Uhr

baz.online, online@baz.ch